

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

40. Jahrgang.

No 234.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 1/2 8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Sonnabend, den 8. Oktober.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1887.

Die Chicagoer Anarchisten.

Vor einigen Tagen hielt der Präsident der nordamerikanischen Union, Cleveland, in der Börse zu St. Louis eine Rede, in welcher er auch den Prozeß der Chicagoer Anarchisten streifte und mit denen übereinstimmte, welche an den Verurtheilten ein Exempel statuirt sehen wollen. Cleveland sagte, er wisse den Werth fleißiger, mäßiger und sparsamer Ausländer zu schätzen, welche das amerikanische Bürgerrecht zu erwerben suchen und sich mit der durch die Gesetze und Einrichtungen der Vereinigten Staaten gewährleisteten Freiheit zufrieden geben. Zwischen solchen Leuten und den Einwanderern, welche nur nach Amerika kämen, um daselbst Ruhestörungen anzufachen, lasse es sich leicht unterscheiden. Man kann sich in der alten Welt kaum einen Begriff von der Tiefe des Unmuths machen, den die Amerikaner über das Treiben der von Europa eingewanderten Anarchisten empfinden, welche durch den Mißbrauch der freien Institutionen der Vereinigten Staaten das Gastrecht so schände verletzen. Sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei in der nordamerikanischen Union hat die Bekämpfung der anarchischen Bewegung in ihr Programm aufgenommen und verlangt die rücksichtslose Bestrafung der sieben verurtheilten Anarchisten, welche an der am 4. Mai 1886 stattgefundenen entsetzlichen Ermordung zahlreicher Polizisten in Chicago die Hauptschuld tragen. Während aber die Sozialisten in Europa jede Gemeinschaft mit den Anarchisten abzulehnen suchen, entblöden sich die amerikanischen Sozialisten nicht, in ihrer Presse und ihren Versammlungen lebhaft Sympathien für die wegen jenes Verbrechens Verurtheilten zu bekunden und Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, um einen Aufschub der Hinrichtung und eine nochmalige Revision des Prozesses zu erzwingen. Die Anarchisten, die das Leben so vieler im Dienste des Staates stehender Familienväter so frevelhaft antasteten, klammern sich, nun es ihnen selbst an den Kragen geht, krampfhaft an das Leben und finden bei der sozialistischen Presse Beistand, welche das blutige Bild der in Erfüllung ihrer Pflicht hingemordeten Diener der öffentlichen Ordnung möglichst zu verwischen und die gerechte Bestrafung der Mörder als schreiende Willkür auszumalen sucht.

Wie aus einer New-Yorker Original-Korrespondenz der Wiener „N. Fr. Presse“ zu ersehen ist, lautete die Entscheidung des Obergerichtes in Ottawa, Illinois, der höchsten Instanzbehörde über die Appellation der zum Tode verurtheilten sieben Anarchisten August Spieß, D. R. Parsons, Samuel Fielden, Michael Schwab, Adolph Fischer, Louis Ling und Georg Engel, daß das Urtheil des Superior Court vom Sherif von Cook County am Freitag den 11. November d. J., zwischen 10 Uhr Vormittags und 4 Uhr Nachmittags, zur Ausführung gebracht werde. An dieser anscheinend endgiltigen Entscheidung dürften die anarchischen und sozialistischen Proteste wenig ändern, wenn auch die Zeit bis zum 11. November lang genug ist, um alle möglichen Versuche zur Umstoßung des Urtheils zu machen. Das Gutachten, in welchem das Obergericht in Ottawa seine Entscheidung begründet, ist ungemein ausführlich und enthält eine genaue Darstellung des Verbrechens, das in der inzwischen verstrichenen Frist von achtzehn Monaten beinahe dem Gedächtniß entschwunden ist. Der Sachverhalt war folgender: „Auf dem Haymarket in Chicago fand am Abend des 4. Mai 1886 eine angeblich zur Besprechung der Acht-Stunden-Arbeitszeit berufene Massenversammlung statt, bei welcher die Anarchisten Spieß und Fielden ungemein aufreizende Ansprachen hielten. Die Polizei in Chicago war im Voraus davon benachrichtigt worden, daß die Anarchisten die Gelegenheit zur Anstiftung von Unruhen zu benutzen beabsichtigten. An der Spitze von 125 Polizisten forderte der Inspektor Bonfield die Menge vergebens zum Auseinandergehen auf. Unerwartet wurden da von dem Wagen, auf dem die anarchischen Redner standen, zwischen die zweite und dritte Reihe der Polizisten drei Bomben geworfen, welche die fürchterlichste Verheerung anrichteten. Drei Polizisten waren im buchstäblichen Sinne zerrissen. Statt darüber sich zu entsetzen, feuerten die Anarchisten in toller Wuth unter die übrigen Polizisten, die sich verzweifelt wehrten und zuletzt ihre Angreifer zum Rückzuge zwangen. Von den bei diesem Kampfe verwundeten 52 Polizeileuten erlagen noch drei ihren schweren Verletzungen.“ Der darauf in Chicago eingeleitete Prozeß begann am 21. Juni 1886 und endete am 20. August desselben Jahres mit der Verurtheilung der gedachten sieben Anarchisten zum Tode.

Gegen dieses Urtheil ergriffen die Anarchisten alle möglichen Rechtsmittel, die jetzt erschöpft sind, da das Obergericht nach sorgfältigster Prüfung des Prozeßganges zu der einstimmigen Entscheidung gelangte, daß kein etwa bei dem Verfahren vorgekommener Fehler eine Umstoßung des gefällten Urtheils rechtfertigen würde. Die Theilnahme der Verurtheilten an einer Verschwörung gegen die Polizei in Chicago war erwiesen und die Verantwortlichkeit derselben zweifellos dargethan. Wenn man auch den sieben Anarchisten nicht beweisen konnte, daß sie selbst die verhängnisvollen Bomben geworfen, ließ sich die Ermordung der Polizisten doch unzweifelhaft auf ihre dem Attentat unmittelbar vorausgegangenen Handlungen zurückführen. Die strengste Bestrafung einer derartig begründeten Mitschuld an einem Kapitalverbrechen entspricht in Amerika nicht nur den Rechtsgrundsätzen sondern wird auch von der öffentlichen Meinung gebieterisch gefordert. Dafür zeugt eine von dem erwähnten Berichterstatter der „N. Fr. Presse“ gegebenen Zusammenstellung von Ausfahrungen New-Yorker Blätter. Darnach sagt der „New-Yorker Herald“: „Die Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Illinois ist geeignet, jenem Theil unserer fremdgeborenen Bevölkerung, dem der Haß gegen jede Regierungsform eingeimpft zu sein scheint, in seiner tollen Laufbahn Halt zu gebieten. Wir erlauben jedem Bewohner unseres Bodens Redefreiheit bis zur Erschöpfung, aber wir dulden nicht, daß Dynamitbomben in die Reihen unserer Gesetzeswächter geschleudert werden.“ Die Zeitung „World“ schrieb: „Die Sentenz wird eine dringend notwendige Warnung für die gefährlichen Klassen in Europa und deren Sendlinge sein, die jetzt unser freies Land überschwemmen. Das Gesetz ist nicht grausam, die Gerechtigkeit nicht rachebürtig. Die Todesstrafe ist in diesem Falle die Maßregel, welche die Gesellschaft zu ihrem eigenen Schutze vollstrecken muß.“ Die „Evening Post“ sagte: „Die öffentliche Meinung ist schon in hohem Grade nervös geworden durch die Verzögerung der Justiz in Chicago. Die geheime Anfertigung mördischer Geschosse, die gegenseitige Aufforderung zur Ermordung der Gesetzeshüter, die ganze Reihe von Verschwörungen, von den mittelmäßlichen Versammlungen der Mörder bis zur Targödie auf dem Haymarket, ist eine Kette von Schuldbeweisen. Wenn solche Handlungen ungestraft begangen werden könnten und wenn z. B. nur derjenige strafbar ist, der die tobbringende Bombe warf, dann wäre die Gesellschaft den Anhängern Johann Mosts auf Gnade und Ungnade überliefert.“ Die New-Yorker „Staats-Zeitung“ schloß einen längeren Artikel mit den Worten: „Keine Verurteilung auf weltbeglückende Theorien, die in den verdrehten Köpfen der Anarchisten spuken mögen, soll sie gegen die Folgen eines solchen Attentats schützen. Können sie das amerikanische Volk zu ihren Theorien bekehren, so liegt ihnen dabei nichts im Wege, wollen sie demselben aber ihre Theorien aufzwingen, so wird man mit ihnen fertig zu werden wissen, wie man mit Spieß und Genossen fertig geworden ist.“

Von sozialistischer Seite werden dagegen die sieben Polizisten-Mörder zu Märtyrern gestempelt und die amerikanischen Arbeiter zu lärmenden Agitationen angeporrt, die kaum die Stimmen der Besonnenen überlauten, wohl aber den verleiteten Arbeitern schweres Unheil bereiten werden. Bei einer solchen sozialistischen Kundgebung ist es bereits am 2. d. M. in einer Versammlung bei Hoboken zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Theilnehmern an der Versammlung und den einschreitenden Polizisten gekommen, wobei einige Personen schwer verwundet wurden. Durch solche Auftritte wird der Unmuth aller ordnungsliebenden Bürger der Vereinigten Staaten nur noch größer und wird deren Verlangen erklärlich, daß dem zuchtlosen Treiben der meist aus Europa eingewanderten Sozialisten und Anarchisten auf amerikanischem Boden energisch Einhalt angedrungen werde. Die strengste Handhabung der amerikanischen Gesetze dürfte aber die für Europa wenig erfreuliche Folge haben, daß diese anarchischen Elemente nach der alten Welt zurückströmen und dort den Kampf gegen Gesetz und Ordnung fortsetzen.

Tageschau.

Freiberg, den 7. Oktober.

In ihrem Antwortschreiben auf die Geburtstags-Glückwunsch-Adresse der Berliner Stadtverordneten dankt die deutsche Kaiserin herzlichst und wünscht, daß es ihr vergönnt sein möge, auch fernerhin an der Seite Sr. Majestät des Kaisers ihre Kräfte der Pflichterfüllung ihres Berufes zu widmen. Die empfangenen Beweise der Anhänglichkeit seien

ein guter Vorbote des beginnenden Lebensjahres, das sie mit der Hoffnung auf eine glückliche Wiedervereinigung mit den Ihrigen dankbar antrete. — Gestern nahm der Kaiser in Baden-Baden das Diner mit der Kaiserin ein. Abends waren zum Thee die Großherzoglichen Herrschaften, sowie die Prinzen Ludwig und Rupprecht von Baiern geladen, welche Letztere heute nach München abreisen. — Der deutsche Kronprinz hat sich gestern mit der kronprinzlichen Familie nach Mailand begeben, wo er Nachmittags eintraf und im „Hotel Milano“ abstieg, während seine Familie die Reise nach Arco und Baveno fortsetzte. — Der Statthalter, Fürst von Hohenzollern, ist gestern wieder in Straßburg eingetroffen. — Auf seinem Gute Kozholz bei Niesky verstarb der General Graf Hugo Ewald von Kirchbach in Folge eines Schlaganfalls.

Zu warmen Worten feiert die offiziöse „Nordd. Allg. Z.“ die Zusammenkunft des italienischen Ministerpräsidenten Crispi mit dem deutschen Reichskanzler als einen neuen Beweis der alterproben, zwischen den beiderseitigen Herrschern und Völkern bestehenden Freundschaft und ihrer friedlichen Bestrebungen. Der Besuch Crispi habe die volle Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner in ihrer Entschlossenheit ergeben, im Verein mit Oesterreich den Frieden zu erhalten, einen europäischen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern, sowie im Falle der Nothwendigkeit gemeinsam abzuwenden. Diese Aufgabe sei keiner schwebenden Detailfrage untergeordnet, auch nicht der Ausfluß vorübergehender persönlicher Stimmungen, sondern das Ergebnis der Gesamtinteressen der beiden Völker, welche gewillt seien, nach der Herstellung der nationalen Einheit, sich der Pflege der damit errungenen Güter zu widmen. Der friedliebende Bürger, der jedes neue Pfand zur Bekräftigung des Friedens freudig begrüßt, werde, wie auf den Besuch Kalnothys, so auch auf den Besuch Crispi mit Genugthuung hinblicken. Diejenigen ausländischen Stimmen, welche ihr Mißfallen über den Besuch ausdrücken, zeigten dadurch, daß sie nicht der größeren Mehrheit der europäischen Bevölkerung angehören, welche den Frieden wolle, sondern der kleinen Anzahl derer, welche die Katastrophe eines großen Krieges über Europa herbeiführen wollten. — Die Hamburger Handelskammer richtet eine dringende Eingabe an die Deputation für Handel und Schifffahrt, worin gebeten wird, die Reichsregierung möge mit thunlichster Beschleunigung ersucht werden, der spanischen Regierung gegenüber die Deutschland aus dem Meißner-Vertrag zustehenden Rechte dahin geltend zu machen, daß entweder dem aus Deutschland kommenden, in Hamburg hergestellten, resp. rektifizirten Spirit keine weiteren Beschränkungen auferlegt werden als dem aus anderen Ländern kommenden, oder daß dieselben, dem deutschen resp. Hamburgischen Spirit auferlegten Beschränkungen in gleicher Weise gegen die Einfuhren anderer Länder, namentlich Schwedens, angewandt werden. — Die in Hamburg stattgefundenen Generalversammlung der Packerfahrts-Aktiengesellschaft genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals auf 5 Millionen, sowie die Aufnahme einer Prioritätsanleihe von 10 Millionen. Von der Letzteren werden vorläufig nur 6 1/2 Millionen ausgeben. Das Gesamtgeschäft im Betrage von 11 1/2 Millionen übernahm eine Gruppe der Englisch-Deutschen Bank, der Dresdener Bank, sowie der Firma Erlanger u. Söhne. — Der Finanz-Ausschuß der bairischen Abgeordnetenkammer hat gestern einstimmig auf 2 Jahre die Weitererhebung des erhöhten Malzausschlags genehmigt. — Das Mittwoch in Mainz verurtheilte Urtheil des dortigen Landgerichts erachtet sämmtliche acht angeklagte Sozialisten der geheimen Verbindung, sechs außerdem der Verbreitung verbotener Druckschriften schuldig. Die Strafen bestehen in ein bis sechs Monaten Gefängnis; der Landtagsabgeordnete Jöst erhält sechs Monate.

Der Kaiser von Oesterreich reiste gestern Nachmittags mit seinen fürstlichen Jagdgästen von Neuberg nach Eisenegg. — Für die österreichische Regierung ist die Fortdauer des nationalen Streits zwischen Deutschen und Tschechen sehr peinlich. Vor Kurzem hat Dr. Rieger, der Führer der Alttschechen, welche mehr als die Jungtschechen zur Versöhnung neigen, die Schäden, welche aus diesem Streite entspringen, lebhaft beklagt. Darauf antwortete der deutsche Abgeordnete v. Plener anlässlich der Deutmal-Entscheidung in Eger in einer großen Rede, daß nicht eher von Frieden und Versöhnung die Rede sein könne, als bis die deutsche Sprache wieder als Staatssprache zur Anerkennung gelangt und in den zweisprachigen Landesstellen deutsche Gerichte neben den böhmischen eingerichtet sein würden. Ziemlich gereizt wird ihm nun von den Alttschechen erwidert, daß unter solchen Bedingungen der Friede unmöglich sei. Regierungsseitig wird ebenfalls den Deutschen zu verstehen gegeben, daß man ihre Forderungen nicht billige. Die deutschen Delegirten antworten darauf, daß man dann dem böhmischen Landtage auch für die Folge noch fern bleiben wolle. So bleibt